

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



AKTUELLE FINANZLAGE DER KOMMUNEN

- Rückblick auf 2012 und Prognose für die Jahre 2013 bis 2016 -

<u>I. Rückblick auf das Jahr 2012</u>	2
<u>II. Entwicklung in den Jahren 2013 bis 2016</u>	3
Prognoseunsicherheiten und -risiken	3
Die Einnahmenentwicklung	4
<i>Steuereinnahmen</i>	4
<i>Gebühren</i>	5
<i>Laufende und investive Zuweisungen von Bund und Ländern</i>	5
<i>Sonstige Einnahmen</i>	6
Die Ausgabenentwicklung	6
<i>Personalausgaben</i>	6
<i>Sachaufwand</i>	6
<i>Soziale Leistungen</i>	7
<i>Sachinvestitionen</i>	7
<u>III. Datengrundlage der Prognose</u>	8

I. Rückblick auf das Jahr 2012

Auch wenn im Jahr 2012 in den Kernhaushalten der Städte, Landkreise und Gemeinden ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 1,8 Milliarden Euro erzielt werden konnte, kann für die kommunalen Haushalte keine Entwarnung gegeben werden. Vielmehr ist das bundesweite Ergebnis des Jahres 2012 vor dem folgenden Hintergrund deutlich zu relativieren:

- Verschärfung der Disparitäten zwischen Kommunen unterschiedlicher Länder und in den Ländern,
- Ungebremster Anstieg der kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen trotz weiterhin entspannter Lage am Arbeitsmarkt
- Weiterer Anstieg der Kassenkredite der Städte, Landkreise und Gemeinden auf mittlerweile 47,5 Milliarden Euro
- Scharfes Absinken der Investitionen unter das Niveau des Jahres 2008
- Verschlechterung des Finanzierungssaldos in den neuen Ländern

Die kommunalen Einnahmen stiegen im Jahr 2012 mit 5,1 Milliarden Euro bzw. 2,8 Prozent lediglich halb so stark wie im Vorjahr. Sie betragen 188,8 Milliarden Euro. Eine Hauptursache für den Einnahmenanstieg des Jahres 2012 waren die im Vorjahr massiv gestiegenen Steuereinnahmen der Länder, eine weitere die erhöhte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Beides führte je nach Vorgehen in dem einzelnen Land zu mehr oder weniger deutlich erhöhten Landeszuweisungen. Hinzuweisen ist auch auf die weiterhin positive Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen. Sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenanstieg wurden im Übrigen durch das Auslaufen des Konjunkturprogramms gebremst.

Der Ausgabenanstieg betrug lediglich 0,9 Prozent bzw. 1,7 Milliarden Euro, sodass im Jahr 2012 Ausgaben in Höhe von 187,0 Milliarden Euro anfielen. Die Entwicklung auf der Ausgabenseite war durch einen scharfen Rückgang der Investitionen von 10,6 Prozent gekennzeichnet. Dieser Rückgang verdeutlicht, dass in den vergangenen Jahren die kommunale Investitionsschwäche durch das Konjunkturprogramm lediglich überdeckt, aber nicht grundsätzlich behoben werden konnte. Auch die überraschend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt machte sich im Jahr 2012 leider nicht durch einen allgemeinen Rückgang der Ausgaben bei den sozialen Leistungen bemerkbar. Ursache hierfür sind die weiterhin wachsenden Ausgaben der kommunalen Träger für die konjunkturunabhängigen sozialen Leistungen, wie die Jugendhilfe, die Hilfe zur Pflege oder die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Sie stiegen deutlich stärker als die sonstigen Ausgaben oder auch die Einnahmen. Die kommunale Investitionsschwäche ist somit im Jahr 2012 ebenso unübersehbar wie der sich weiter vergrößernde Anteil der sozialen Leistungen. Diese betragen mittlerweile mehr als das Doppelte der Investitionen.

Der Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben war somit im Ergebnis erstmals seit der Finanzkrise wieder positiv. Trotz des insgesamt positiven Finanzierungssaldos stiegen im Vergleich zum Vorjahr die Kassenkredite um ca. 3,6 Milliarden Euro auf 47,5 Milliarden Euro. Nicht zuletzt hieran zeigt sich, dass die Unterschiede in der Haushaltssituation der Kommunen zunehmen.

II. Entwicklung in den Jahren 2013 bis 2016

Für die Jahre 2013 bis 2016 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände einen positiven Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte in der Größenordnung von 4,0 bis 4,5 Milliarden Euro. Dieser Finanzierungsüberschuss steht unter dem Vorbehalt der derzeitigen Wirtschaftsprognose und kann nur dann erreicht werden, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht verschlechtern. Im Übrigen unterliegt die Prognose einer Reihe von weiteren Einschränkungen bzw. Risiken.

Prognoseunsicherheiten und -risiken

Wie der Arbeitskreis Steuerschätzungen, so unterstellen auch die kommunalen Spitzenverbände bei ihrer Prognose, dass die Staatsschuldenkrise nicht zu weiteren negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik bzw. in Europa führt.

Auch ist in der Prognose nicht mit entsprechenden Mindereinnahmen berücksichtigt, dass für die Jahre 2015 und 2016 weitere Erhöhungen des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer notwendig sein können. Die Auswirkungen weiterer Grundfreibetragserhöhungen können über direkte Mindereinnahmen (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) und indirekte Mindereinnahmen (abnehmende Länderzuweisungen) die Größenordnung von einer Milliarde Euro im Jahr 2016 überschreiten.

Ebenso ist in der Prognose unterstellt, dass die Länder die in ihren mittelfristigen Finanzplanungen bislang vorgesehenen Zuweisungen an die Kommunen umsetzen und nicht z.B. die Schuldenregel bzw. die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpakts als Argument nehmen, um hier Kürzungen vorzunehmen. Andernfalls würde zum Beispiel eine Absenkung der Steigerungsraten der Zuweisungen in den Jahren 2015 und 2016 um jeweils 2,5 Prozentpunkte zu Mindereinnahmen der Kommunen von mehr als 3 Milliarden Euro führen.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der kommunale Finanzierungssaldo auch für die Einhaltung des Fiskalpakts relevant ist. Sie begrüßen daher das Ansinnen von Bund und Ländern, im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Belastungen aus der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen der kommunalen Ebene dauerhaft eine „schwarze Null“ zu ermöglichen.

Die fiskalischen Auswirkungen der Flutkatastrophe und die in Aussicht gestellten Zuweisungen aus dem Fluthilfefonds sind in der Prognose nicht berücksichtigt. Folgewirkungen des Zensus, die sich aufgrund von Verschiebungen im Länderfinanzausgleich insbesondere zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern ergeben können, sind ebenfalls nicht berücksichtigt.

Abschließend weisen die kommunalen Spitzenverbände darauf hin, dass die Prognose lediglich die Werte für die Gesamtheit der Kommunen wiedergibt. Das heißt, dass erhebliche Defizite bei zahlreichen Kommunen fortbestehen und dies auch für das Jahr 2016 zu befürchten ist.

Die Einnahmenentwicklung

Steuereinnahmen

Für die Prognose der Steuereinnahmen wurden die Werte des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom April 2013 übernommen. Danach ist im Jahr 2013 von einer Steigerung der gemeindlichen Steuereinnahmen um 3,5 Prozent, im Jahr 2014 von 3,9 Prozent, sowie Steigerungen in 2015 von 3,8 Prozent bzw. 3,6 Prozent im Jahr 2016 auszugehen. Das Aufkommen erreicht somit im Jahr 2014 das Volumen von 80 Milliarden Euro. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt ca. 40 Prozent.

Gewerbsteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbsteuer (netto) werden im Jahr 2013 mit 2,3 Prozent relativ verhalten, in den Folgejahren mit Werten von 3,4 Prozent bzw. 3,0 Prozent solide ansteigen.

Der Einnahmeanstieg in 2013 fällt u. a. deswegen so gering aus, weil das Aufkommen im direkten Vorjahr aufgrund von starken Nachzahlungen für Vorjahre bezogen auf die Gewinnsituation der Unternehmen vergleichsweise hoch war. Vergangene Steuerrechtsänderungen bremsen das Aufkommenswachstum zusätzlich durchgängig um ca. 0,5 Prozentpunkte. Die zu erwartenden Einnahmeausfälle aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung des EuGH-Urteils zu den Streubesitzdividenden sind wie bei der Steuerschätzung bereits berücksichtigt.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Anstieg des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wird für das laufende Jahr mit 5,9 Prozent beziffert und liegt damit unterhalb des überaus starken Anstiegs des Vorjahres. Doch auch für die weiteren Jahre bis 2016 sind weiterhin Steigerungen von mehr als 5 Prozent prognostiziert.

Negativ beeinflusst ist die Entwicklung durch das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, das eine Anhebung der Grundfreibeträge beim Einkommensteuertarif zum Gegenstand hatte. Die Mindereinnahmen von ca. 300 Millionen Euro jährlich werden in den Kommunalhaushalten insbesondere ab dem Jahr 2014 zu spüren sein. Grundsätzlich ist die Entwicklung der Einkommensteuer insbesondere geprägt durch die Entwicklung der Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme (Lohnsteueraufkommen mitsamt der entsprechenden Tarifelastizität) und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (veranlagte Einkommensteuer).

Die unterstellten Wachstumsraten liegen in den ostdeutschen Ländern höher als in den westdeutschen Ländern. In den Jahren 2013 und 2014 ist die veranlagte Einkommensteuer hierfür maßgeblich, in den Jahren 2015 folgende die stärkere Entwicklung der Lohnsteuer. Dass für Ostdeutschland höhere Wachstumsraten als in Westdeutschland prognostiziert werden trotz des grundsätzlich steigenden Anteils der alten Länder an der Brutto-Lohnsteuer, ist der Entwicklung des Kindergeldes geschuldet: Diese mit der Lohnsteuer verrechnete Sozialleistung geht in den nächsten Jahren in Ostdeutschland stärker zurück als in Westdeutschland. Zudem ist bezogen auf das Lohnsteueraufkommen das Kindergeldvolumen in Ostdeutschland deutlich größer. Nicht in den unterschiedlichen Wachstumsraten sind mögliche Verteilungseffekte der Freibetragserhöhung enthalten, wenngleich denkbar ist, dass die Freibetragserhöhung in ostdeutschen Ländern zu relativ größeren Aufkommensverlusten führt als in westdeutschen Ländern.

Weitere Steuereinnahmen

Bei der Grundsteuer wird für das Jahr 2013 eine Steigerung von 2,2 Prozent prognostiziert. Für die weiteren Jahre beträgt die angesetzte Steigerungsrate ca. 1,8 Prozent (in den Jahren 2014 ff. wirksam werdende Hebesatzerhöhungen können nicht berücksichtigt werden).

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird eine Wachstumsrate von lediglich 1,8 Prozent im Jahr 2013 angesetzt. Für die Folgejahre wird jedoch weitgehend im Einklang mit der unterstellten (nominalen) wirtschaftlichen Entwicklung ein Wachstum von bis zu 3,3 Prozent erwartet.

Gebühren

Bereits in den vergangenen Jahren waren die Gebührenanstiege in den Haushalten von Städten, Landkreisen und Gemeinden durch zwei gegenläufige Faktoren beeinflusst: Einerseits führten die Kostenentwicklung und auch die kommunale Finanznot zu einer Erhöhung der jeweiligen Gebühren und somit auch zu einer Erhöhung des Gebührenaufkommens (Preiskomponente). Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass in zahlreichen Bereichen die Höhe der Beiträge und (Benutzungs-)Gebühren bewusst im Spannungsfeld von kommunalem Finanzbedarf bzw. Finanznot einerseits und fach- und sozialpolitischen Ansprüchen und Erfordernissen andererseits stehen. Eine Vielzahl von Kommunen sah sich gezwungen, auf ihre jeweilige Finanznot mit einer Erhöhung der Beiträge und Gebühren auch in diesen Bereichen zu reagieren. Andererseits führte der hohe Konsolidierungsdruck auch zu einer Reduzierung der gebührenpflichtigen Angebote (Mengenkomponente). Schließlich ist zu berücksichtigen, dass in einer Reihe von Kommunen auch der demografische Wandel dämpfend auf die Gebühreneinnahmen wirkt.

Für das Jahr 2013 wird – auch gestützt durch eine Umfrage der kommunalen Spitzenverbände – von einer Fortsetzung des Gebührenanstiegs mit einer Steigerungsrate von 2,0 Prozent ausgegangen. Für die Jahre 2014 ist basierend auf den Umfragewerten mit einem Gebührenanstieg von lediglich 0,4 bis 1,0 Prozent zu rechnen.

Laufende und investive Zuweisungen von Bund und Ländern

Die Entwicklung der Zahlungen von Bund und Ländern an die Kommunen im Jahr 2012 war noch geprägt durch die Sondereffekte des Auslaufens des Konjunkturprogramms. Für das Jahr 2013 wird für die Zuweisungen ein deutlicher Anstieg von 6,4 Prozent erwartet. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder zurückzuführen. Auch die Übernahme der Finanzierungslast der Grundsicherung im Alter durch den Bund und die zumindest anteilige Weiterleitung der Mittel durch die Länder führt zu deutlichen und dringend notwendigen Anstiegen. Allein die unterstellten Ausgabensteigerungen bei der Grundsicherung erhöhen das Zuweisungsvolumen um jährlich ca. einen halben Prozentpunkt.

Allerdings ist zu fürchten, dass der deutliche Zuweisungsanstieg sich dennoch nicht fortsetzt: Nach vorliegenden Informationen, insbesondere abgeleitet aus den mittelfristigen Finanzplanungen der Länder sowie der aktuellen Steuerschätzung, halbiert sich im Jahr 2014 die Wachstumsrate nahezu. Ab den Jahren 2015 ist – analog zur Entwicklung der Steuereinnahmen – mit Zuwachsraten von knapp 3 Prozent zu rechnen. Auch ist vermehrt festzustellen, dass berechnete Forderungen der Kommunen nach einer langfristigen Verbesserung ihrer Finanzausstattung seitens vieler Länder unter Verweis auf die Schuldenbremse zurückgewiesen werden. Dies betrifft insbesondere das Ende des Prognosezeitraums.

Auffällig sind die markanten Unterschiede in den Wachstumsraten bei ost- und westdeutschen Kommunen: Die ostdeutschen Kommunen müssen wegen der degressiven Ausgestaltung der sogenannten Sonderbedarfsergänzungszuweisungen (SoBEZ) ab dem Jahr 2014 mit drastisch abnehmenden Investitionszuweisungen rechnen. Die SoBEZ werden allerdings auch mit der unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen der neuen Länder begründet. Ein dem Rückgang der Zuweisungen entsprechender Anstieg der kommunalen Finanzkraft lässt sich in den neuen Ländern allerdings nicht feststellen.

Grundsätzlich ist schließlich zu beachten, dass in Ländern mit „bedarfsorientierten“ kommunalen Finanzausgleichssystemen Steuermehreinnahmen der Länder nicht automatisch zu Mehreinnahmen bei den Kommunen führen.

Sonstige Einnahmen

Wie in den Vorjahren, so ist auch in den Jahren 2013 und 2014 die Entwicklung der sonstigen Einnahmen durch eine Vielzahl von Sondereffekten in einzelnen Kommunen beeinflusst. Deren Bandbreite ergibt sich durch die Menge der erfassten Einnahmepositionen: Die Gewinnanteile kommunaler Unternehmen sind zum Beispiel nicht nur geprägt von der Entwicklung der Rohstoffpreise, des Zinsniveaus und der Konjunktorentwicklung, sondern neuerdings auch durch die Energiewende. Im Rahmen der jeweiligen Geschäftspolitik vor Ort kann es hierbei zu unregelmäßigem Ausschüttungsverhalten der Unternehmen mit entsprechenden Auswirkungen auf die kommunalen Einnahmen kommen. Ein Gewinnrückgang kommunaler Unternehmen kann aber – je nach Organisationsform – anstatt zu einem Einnahmerückgang zu einem Anstieg der Zuweisungen für defizitäre Geschäftsbereiche führen und sich daher statistisch durch gestiegene sonstige Ausgaben bemerkbar machen. Entsprechende Effekte sind in die Prognose nur eingearbeitet, soweit sie den kommunalen Spitzenverbänden aufgrund der Haushaltsumfrage bekannt waren. Gleiches gilt für außergewöhnliche Vermögensveräußerungen.

Die Ausgabenentwicklung

Personalausgaben

Die deutliche, z.T. auf die Ausweitung der Option im Bereich des SGB II zurückführbare und insbesondere tarifbedingte Steigerung der Personalausgaben im Jahr 2012 wird sich in den Folgejahren nicht in diesem Ausmaß fortsetzen. Für die Jahre ab 2013 (für die noch kein Tarifabschluss vorliegt) wurde als technische Annahme unterstellt, dass der von der Bundesregierung prognostizierte Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in einer vergleichbaren Größenordnung auch bei den kommunalen Beschäftigten zu erwarten ist. Der grundlegende Trend zum Personalabbau bei den Kommunalverwaltungen wurde in den vergangenen Jahren und zum Teil auch im Jahr 2013 durch den Ausbau der Kindertagesstätten überdeckt (ein Teil der neuen Kita-Plätze entsteht unter direkter kommunaler Trägerschaft). Diese den Personalabbau dämpfenden Effekte werden für die Jahre 2014 folgende nur noch in geringem Maß unterstellt.

Sachaufwand

Die geringe Steigerungsrate beim laufenden Sachaufwand im Jahr 2012 wird in den kommenden Jahren nicht wieder erreicht werden können. Sondereffekte des Jahres 2012 – insbesondere geringe Preiszuwächse – stehen für die kommenden Jahre nicht zu erwarten. Allerdings: Der relativ hohe für das Jahr 2013 prognostizierte Zuwachs von knapp 4 Prozent ist der Doppikumstellung in einzelnen Ländern und somit ebenfalls einem Sondereffekt

geschuldet. Die moderaten Anstiege in den Jahren 2014 ff. zeigen deutlich die um Sondereffekte bereinigte Grundlinie der Ausgabenentwicklung auf.

Soziale Leistungen

Die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen werden im gesamten Prognosezeitraum voraussichtlich weiterhin stärker steigen als die Gesamtausgaben.

Die Einflussfaktoren auf die sozialen Leistungen sind vielgestaltig. Sie führen jedoch in praktisch in den meisten Leistungsarten zu Ausgabensteigerungen, die auch nicht durch die moderaten Entwicklungen am Arbeitsmarkt aufgefangen werden können: In der Entwicklung langfristig am bedeutsamsten, weil auch am beständigsten, ist der weitgehend konjunkturunabhängige Anstieg der Hilfen zur Erziehung, der Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, der Hilfe zur Pflege und der Grundsicherung im Alter. Auf dem Arbeitsmarkt dürften sich im Übrigen zukünftig kaum noch Entlastungseffekte zeigen. Höchstens noch bis in das Jahr 2014 kann mit einer weiterhin abnehmenden Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II sowie einer abnehmenden Zahl der relativ oft „aufstockenden“ geringfügig Beschäftigten gerechnet werden. Der Zuwachs wird zwar im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr abnehmen, in den Folgejahren aber wieder ansteigen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die bisherigen und zusätzlichen Mittel des Bundes zur Finanzierung der sozialen Leistungen sich in der Kommunalfinanzstatistik aufgrund des üblichen Bruttoausweises nicht als Rückgang auf der Ausgabenseite auswirken. Sie erhöhen vielmehr die kommunalen Einnahmen. Das gilt sowohl für die schrittweise Übernahme der vollständigen Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund als auch für die Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets (siehe hierzu auch den Abschnitt „Zuweisungen“).

Es ist allerdings kaum möglich, bei den sozialen Leistungen den Ausgaben aufgabenbezogene kompensierende Einnahmen sachgerecht gegenüber zu stellen und hierdurch eine Netto-Belastung der Kommunen darzustellen. Verantwortlich dafür ist u.a. der Finanzierungsumweg vom Bund über die Länder. Dieser Umweg führt nicht nur zu einer teilweisen Abschöpfung der Mittel durch die Länder. Aufgrund der Tatsache, dass die entsprechenden Bundesmittel Bestandteil der allgemeinen Länderhaushalte werden, dort z.T. nicht als gesonderte Einnahmen verbucht werden, verrechnet werden oder zusammen mit anderen Ausgleichen an die Kommunen weitergeleitet werden, ist keine eindeutige Zuordnung mehr möglich. Der Verzicht auf die Nennung einer Netto-Belastung der Kommunen durch soziale Leistungen ist daher methodischen Gründen geschuldet.

Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass in der Kassenstatistik durch die Kategorie „soziale Leistungen“ lediglich die direkten Zahlungen der Kommunen abgebildet werden. Viele Kosten, die inhaltlich dem Aufgabengebiet Soziales zuzuordnen sind, bleiben in dieser Betrachtung unberücksichtigt, wie zum Beispiel Personalkosten oder die Zuweisungen an Dritte.

Sachinvestitionen

Das erschütternd geringe Niveau der kommunalen Investitionskraft wurde in den Jahren 2009 bis 2011 durch das Zukunftsinvestitionsgesetz überdeckt. Der scharfe Rückgang im Jahr 2012 offenbarte die nach wie vor bestehende kommunale Investitionsschwäche. Trotz voraussichtlich positiver Finanzierungssalden ist auch in den kommenden Jahren mit einer deutlichen Steigerung der kommunalen Investitionen nicht zu rechnen: Während im Jahr 2013 bundesweit aufgrund des Kita-Ausbaus noch mit ca. 4 Prozent ein leicht überproportionaler

Anstieg der Investitionen zu erwarten ist, werden in den Jahren 2014 folgende die Investitionen langsamer ansteigen als zum Beispiel die sozialen Leistungen. Die Baumaßnahmen werden bundesweit deutlich unter 9 Prozent der kommunalen Ausgaben verursachen. Berücksichtigt man die derzeit zu beobachtenden Baupreissteigerungen, ist erkennbar, dass das reale Investitionsvolumen bei öffentlichen Gebäuden und der Verkehrsinfrastruktur praktisch nicht zunehmen wird.

Es ist dabei davon auszugehen, dass die Entwicklung in den ostdeutschen Kommunen sich deutlich von der allgemeinen Entwicklung unterscheiden wird. Aufgrund des Auslaufens der Sonderbedarfsergänzungsweisungen an die neuen Länder und die damit verbundene Reduzierung der den Kommunen zur Verfügung gestellten Investitionszuweisungen ist ein klarer Rückgang der Sachinvestitionen ab dem Jahr 2014 zu erwarten.

III. Datengrundlage der Prognose

Die Prognose bündelt Informationen aus verschiedenen Datenquellen. Zugrunde gelegt werden:

- Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der kommunalen Spitzenverbände mit knapp 1000 teilnehmenden Städten, Landkreisen und Gemeinden (Ergebnisse des Haushaltsjahres 2012 sowie Werte aus den Haushaltsplänen 2013 bis 2016)
- Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2012
- Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Mai 2013
- Ergebnisse der vierteljährlichen Gewerbesteuerumfrage des Deutschen Städtetages

Hinzuweisen bleibt schließlich auf Folgendes: Aufgrund der Einführung der Doppik können zwei verschiedenartige Effekte bei den einzeljährlichen Wachstumsraten auftreten. Sofern bei der Doppik-Umstellung die Buchungszeitpunkte verschoben werden, handelt es sich bezogen auf eine einzelne Kommune um einen einmaligen Effekt, der durch einen gegenläufigen Effekt im nächsten Jahr kompensiert wird. Sofern aufgrund der Doppik zu vermuten ist, dass Ausgaben bzw. Auszahlungen unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden (zum Beispiel Sachaufwand statt Investition), findet eine einmalige Niveauverschiebung in den entsprechenden Kategorien statt, der keine kompensierenden Effekte im Folgejahr gegenüberstehen.